

Fragen

für die Fragestunde der 198. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 9. November 2016

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	16, 24	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	7, 8
Behrens, Herbert (DIE LINKE.)	40, 41	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	9, 37
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	12, 27	Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	35, 36
Ebner, Harald (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	28, 29	Movassat, Niema (DIE LINKE.)	4, 21
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	38, 39	Mutlu, Özcan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	18, 19
Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	2, 11	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	17, 20
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	14, 15	Walter-Rosenheimer, Beate (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	3, 32
Hahn, André, Dr. (DIE LINKE.)	1, 6	Werner, Katrin (DIE LINKE.)	25, 26
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	30, 31	Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.)	34
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	13, 33		
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	22, 23		
Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5, 10		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung ..	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	4
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ...	5
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	15

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

1. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)
Welchen Stellenwert hat – auch mit Blick auf die Ziele für eine nachhaltige Entwicklung (SDG) und die UN-Behindertenrechtskonvention – im gemeinsam vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) sowie dem Deutschen Tourismusverband e. V. (DTV) ausgelobten Bundeswettbewerb für nachhaltige Tourismusdestinationen in Deutschland (siehe gemeinsame Pressemitteilung vom 31. Oktober 2016) das Thema barrierefreier Tourismus, und warum ist kein Vertreter der Behinderten-selbsthilfe, zum Beispiel ein Vertreter des Vereins Tourismus für Alle Deutschland e. V., als Jury-Mitglied an diesem Bundeswettbewerb beteiligt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

2. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den Entlassungen von akademischem Lehrpersonal an der Türkisch-Deutschen Universität in Istanbul (siehe Die Welt vom 2. November 2016), und wie vertragen sich die Entlassungen mit dem Kodex des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) und der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) für deutsche Hochschulprojekte im Ausland (www.daad.de/medien/hochschulen/projekte/studienangebote/kodex_fuer_deutsche_hochschulprojekte_im_ausland_01.pdf), in dem festgehalten wird: „Deutsche Hochschulprojekte im Ausland gewährleisten die Freiheit von Forschung und Lehre“?

3. Abgeordnete
**Beate
Walter-
Rosenheimer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Asylbewerberinnen und Asylbewerber, Geduldete sowie Flüchtlinge mit Anerkennung absolvieren derzeit nach Kenntnis der Bundesregierung in Bayern eine nach dem Berufsbildungsgesetz/dem Gesetz zur Ordnung des Handwerks anerkannte Berufsausbildung (bitte nach den Bereichen Handwerk, Industrie und Handel, börsennotierte Unternehmen und öffentlicher Dienst aufschlüsseln)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

4. Abgeordneter
Niema Movassat
(DIE LINKE.)
- Inwiefern sind für die Bundesregierung die Befürchtungen des EU-Parlaments (EU-Dokument P8_TA-PROV(2016)0337) bezüglich des EU-Treuhandfonds für Afrika berechtigt (insbesondere die Befürchtungen, dass die Finanzierung des EU-Treuhandfonds zulasten anderer Entwicklungsziele gehe – Punkt 10 –, die Entwicklungsgelder der EU missbräuchlich verwendet werden – Punkt 18 – sowie Menschenrechte möglicherweise verletzt werden, wenn zur Eindämmung der Migrationsströme die Zusammenarbeit mit Ländern gehört, in denen systematische bzw. schwere Grundrechtsverstöße begangen werden – Punkt 33), und was wird die Bundesregierung konkret unternehmen, damit diese Befürchtungen nicht eintreten?
5. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie ist der aktuelle Erarbeitungsstand des vom Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dr. Gerd Müller, angekündigten „Marshall-Plans“ für Afrika, und wie stellt die Bundesregierung die Kohärenz zu dem vom Bundesminister der Finanzen, Dr. Wolfgang Schäuble, ins Gespräch gebrachten „Compact with Africa“ sicher?

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

6. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)
- Inwieweit teilt die Bundesregierung die Auffassung des Gutachters Dr. Kurt Graulich (Ausschussdrucksache 18(4)653 B S. 24 f.), wonach das sogenannte Unabhängige Gremium gemäß des am 21. Oktober 2016 beschlossenen Gesetzes zur Ausland-Ausland-Fernmeldeaufklärung des Bundesnachrichtendienstes (Bundestagsdrucksache 18/9041) ein Administrativvorgang darstellt, und welche Maßnahmen sind nach Auffassung der Bundesregierung notwendig, um den sich hieraus ergebenden rechtlichen Problemen mit dem Richterdienstrecht, wonach ein Richter Aufgaben der rechtsprechenden Gewalt und Aufgaben der Exekutive oder Legislative nicht gleichzeitig wahrnehmen darf (vgl. § 4 Absatz 1 und 2 des Deutschen Richtergesetzes), entgegenzutreten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

7. Abgeordnete
Sylvia Kötting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was sind nach Kenntnis der Bundesregierung die konkreten Gründe dafür, dass es beim Energieversorgungsunternehmen EnBW Zwischen- und Endlager-Rückstellungen zwar für den Mehrzweckforschungsreaktor Karlsruhe (MZFR) aber nicht für die Kompakte Natriumgekühlte Kernreaktoranlage Karlsruhe (KNK) gibt, obwohl diese beiden der öffentlichen Hand gehörenden Anlagen von derselben Tochtergesellschaft des EnBW-Vorläuferunternehmens Badenwerk AG, der Kernkraftwerks-Betriebsgesellschaft mbH, betrieben wurden und Strom ins öffentliche Netz speisten (bitte möglichst ausführliche und konkrete Angabe der rechtlichen Unterschiede mit Nennung der betreffenden Vertrags-/Vereinbarungspassagen; vgl. hierzu den von der Bundesregierung am 19. Oktober 2016 beschlossenen „Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung der Verantwortung der kerntechnischen Entsorgung“ und Plenarprotokolle 17/26, Anlage 23, und 17/23, Anlage 56), und ggf. welche Rückbau- und Entsorgungsrückstellungen existieren nach Kenntnis der Bundesregierung bei den Energieversorgungsunternehmen RWE und E.ON für den Thorium-Hochtemperatur-Reaktor Hamm-Uentrop (kurz THTR;

vgl. hierzu Gesellschafterstruktur der den THTR betreibenden Hochtemperatur-Kernkraftwerk GmbH; ggf. bitte mit Angabe der jeweiligen Rückstellungshöhe)?

8. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Was ist die konkrete jeweilige Höhe der verschiedenen Kosten der Energieversorgungsunternehmen in den Jahren 2015 und 2016, die laut dem von der Bundesregierung am 19. Oktober 2016 beschlossenen „Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung der Verantwortung der kerntechnischen Entsorgung“ in Summe 939 Mio. Euro ergeben (vgl. Antwort der Bundesregierung vom 1. November 2016 auf meine Schriftliche Frage mit Arbeitsnummer 166, in der die Frage nach der Kostenhöhe unbeantwortet blieb), und wie sieht im Detail die „realitätsnähere Barwertermittlung“ der Endlagerkosten aus, die in dem vorgenannten Gesetzentwurf in Artikel 1 § 7 Absatz 2 „zu einer Minderung des Barwerts von rund 0,54 Milliarden Euro“ führte (bitte mit möglichst konkreter Benennung des Rechenwegs und Angabe von über die schon bekannte Gesetzesbegründung hinausgehenden Informationen)?

9. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Hält die Bundesregierung die Verhandlungen über den Umbau des europäischen Atomunternehmens Urenco für gescheitert, und welche Konsequenzen zieht sie aus der Einschätzung der Urenco-Miteigentümer E.ON und RWE, wonach man „keiner Struktur zustimmen [könne], die den Wert von Urenco beeinträchtigen und eine Veräußerung nahezu unmöglich machen“ (www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/urencos-umbau-scheitert-an-rwe-und-e-on/14768678.html)?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

10. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Auf die Aussagen welcher „maßgebliche(n) internationale(n) Akteure auch vor Ort“ bezieht sich die Bundesregierung in ihrer Antwort auf meine Schriftliche Frage 24 auf Bundestagsdrucksache 18/9927 vom 6. Oktober 2016, welche „erhebliche Zweifel an den von Amnesty International erhobenen Vorwürfen“ eines Giftgaseinsatzes in Darfur hätten, bzw. diese als „nicht plausibel“

einstufen angesichts von Presseberichten, nach denen internationale Akteure in der Region gar nicht vertreten sind (vgl. Der Tagesspiegel vom 31. Oktober 2016: „Berlin zweifelt an Berichten über Giftgas“), und welche Konsequenzen würde die Bundesregierung für die Kooperation mit der sudanesischen Regierung beispielsweise im Rahmen des sogenannten „Better Migration Management“ ziehen, sollte sich der Einsatz von Giftgas bestätigen?

11. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Inwiefern haben nach Kenntnis der Bundesregierung die Einschränkungen für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in der Türkei bereits Effekte auf die Intensität der Kooperation zwischen deutschen und türkischen Wissenschaftsinstitutionen, und wie viele türkische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler haben nach Kenntnis der Bundesregierung die Türkei in Richtung Deutschland verlassen (siehe z. B. www.duz.de/duz-magazin/2016/10/bloss-nichts-falsches-sagen/397 oder www.taz.de/!5325869/)?

12. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Festnahme von elf Abgeordneten der oppositionellen Partei HDP in der Türkei, darunter die Parteichefs Selahattin Demirtas und Figen Yükseskdag, die deren Sprecher Ayhan Bilgen „politische Lynchjustiz“ scharf verurteilt, und inwieweit teilt die Bundesregierung nach ihrer Kenntnis die Auffassung, die HDP sei der verlängerte Arm der kurdischen Arbeiterpartei PKK (dpa vom 4. November 2016)?

13. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)

Wie hat die Bundesregierung auf die in der letzten Woche wieder bekräftigte Ankündigung des türkischen Präsidenten reagiert, wonach die Regierung ein Gesetz zur Wiedereinführung der Todesstrafe ins Parlament einbringen werde, er von einer Parlamentsmehrheit dafür überzeugt sei und er das Gesetz ratifizieren werde, da es nicht zähle, was der Westen sagt (www.euractiv.de/section/euaussenpolitik/news/erdogan-riskiert-ausschluss-aus-dem-europarat/?nl_ref=23792008), und inwiefern hält die Bundesregierung im Falle der Einbringung eines solchen Gesetzentwurfs durch die türkische Regierung eine Initiative im Ministerkomitee des Europarates für geeignet, die darauf

zielt, entsprechend Artikel 8 des Statuts des Europarates der Türkei aufgrund der schweren Verletzung von Artikel 3 des Statuts des Europarates vorläufig das Recht auf Vertretung abzusprechen?

14. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den Verhaftungen der demokratisch gewählten HDP-Abgeordneten in der Türkei, darunter auch die beiden Vorsitzenden der HDP, Selahattin Demirtas und Figen Yüksesdag (www.spiegel.de/politik/ausland/tuerkei-polizei-nimmt-chefs-der-prokurdischen-hdp-fest-a-1119673.html)?

15. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den neuerlichen Gebietsansprüchen des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğans und die Vorbereitungen für einen Einmarsch in den Nordirak (www.jungewelt.de/m/artikel/296617.vor-dem-einmarsch.html)?

16. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche (Quellen der Zahlungen, Höhe der Zahlungen, Administration der Zahlungen) Erkenntnisse (www.rbb-online.de/kontraste/archiv/kontraste-25-08-2016/wie-die-palaestinensische-regierung-moerder-und-deren-familien-unterstuetzt.html, www.memri.org/report/en/0/0/0/0/0/9305.htm#) hat die Bundesregierung inzwischen über die Zahlung von sogenannten Märtyrerrenten durch palästinensische Stellen (PA, PLO et al.) an palästinensische Terroristen und/oder ihre Hinterbliebenen, und mit welchem konkreten Ergebnis hat die Bundesregierung als einer der größten Geber bei der Vierten Sitzung des Deutsch-Palästinensischen Lenkungsausschusses (www.facebook.com/AuswaertigesAmt/videos/1084048998358936/?comment_id=1084345844995918&comment_tracking=%7B%22tn%22%3A%22R0%22%7D, www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Aktuelle_Artikel/PalaestinensischeGebiete/161026-D-PAL_Lenkungsausschuss.html) diese nach meiner Auffassung inakzeptable Finanzierung des Terrors durch den Präsidenten unterstellten Stellen (PLO wie PA) angesprochen?

17. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hält die Bundesregierung den jetzt vorgelegten – auch auf Augenzeugenberichten, Satellitenaufnahmen, Fotos und Video gestützten – Bericht von Amnesty International, wonach das US-geführte Militärbündnis bei Bombardierungen des IS in Syrien zu wenig getan hat, um die Zivilbevölkerung zu schützen, demnach in den vergangenen beiden Jahren ca. 300 Zivilisten bei Luftangriffen getötet wurden, davon allein in drei Dörfern in der Provinz Aleppo über 100 und in dem Ort al-Turkan mindestens 73, darunter 27 Kinder (taz vom 27. Oktober 2016) für zutreffend, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung für den Einsatz der Tornado-Aufklärungsflugzeuge, die als Teil dieses Militärbündnisses dieses durch Aufklärung und Auftanken der Bombenflugzeuge unterstützen?
18. Abgeordneter
Özcan Mutlu
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Kann die Bundesregierung den Umstand erklären, warum laut eines Artikels in der „Süddeutschen Zeitung“ in Bezug auf den gegen die Richtlinien ausgestellten Diplomatenpass für den Präsidenten des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) aus den noch verfügbaren Akten nicht ersichtlich gewesen ist, worin damals das „besondere deutsche Interesse“ zur Ausstellung dieses Passes gesehen wurde, und worin sieht die Bundesregierung aktuell „ein besonderes deutsches Interesse“ bei einem Mitglied eines privaten Vereins wie dem IOC, welcher sich selbst eine Charta gegeben hat, Weisungen von Regierungen nicht entgegenzunehmen, einen Diplomatenpass auszustellen (www.sueddeutsche.de/sport/ioc-neue-irritationen-um-thomas-bachs-diplomatenpass-1.3230555)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

19. Abgeordneter
Özcan Mutlu
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Vergabe der Eurogames an Weißrussland für deutsche Athletinnen und Athleten, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Abstimmungsverhalten des Deutschen Olympischen Sportbundes e. V.?

20. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit treffen nach Erkenntnis der Bundesregierung – v. a. ihrer Spionageabwehr- und Strafverfolgungsbehörden – Medienberichte zu (u. a. Die Welt vom 2. November 2016), wonach die NSA mindestens zwischen den Jahren 2000 bis 2010 in Hunderte von Servern auch in Deutschland eingedrungen sei und diese u. U. mit Schadsoftware infiziert habe, darunter mehrerer hiesiger Universitäten u. a. der Bundeswehr, und welche Aufklärungsmaßnahmen u. a. auch über damit initiierte Schadsoftwareangriffe der NSA wird die Bundesregierung nun ergreifen?
21. Abgeordneter
Niema Movassat
(DIE LINKE.)
- Was ist nach Kenntnis der Bundesregierung in der Zusammenarbeit der EU mit Äthiopien im Rahmen der Europäischen Migrationsagenda beispielsweise im Rahmen des Projektes zu Biometrie und zur Wiedereingliederung geplant (Quelle: http://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:5b5656e2-9517-11e6-8e27-01aa75ed71a1.0021.02/DOC_4&format=PDF), und inwiefern befürwortet die Bundesregierung den angestrebten „Abschluss anhängiger Verfahren im Bereich Rückkehr/Rückführungen“ sowie die „Verständigung auf eine Vorgehensweise für die Vereinbarung und Durchführung von Rückführungen“ mit Äthiopien vor dem Hintergrund der prekären Menschenrechtssituation vor Ort?
22. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- In welcher Weise ist nach Kenntnis der Bundesregierung in den Gremien der EU (insbesondere dem Rat für Inneres und Justiz) über die Problematik der (gegebenenfalls auch gewaltsamen) Abnahme von Fingerabdrücken unerlaubt eingereister Personen/Geflüchteten bzw. über die damit zusammenhängende Gefahr von Misshandlungen diskutiert worden (bitte mit Datum und Inhalt nennen und Initiativen und Beiträge der Bundesregierung gesondert kenntlich machen, nachdem die Bundesregierung auf Bundestagsdrucksache 18/5785 zu Frage 5j auf entsprechende Vorfälle in Bulgarien und Ungarn aufmerksam gemacht wurde), und welche Angaben über die Anwendung entsprechender Zwangsmaßnahmen zur Abnahme von Fingerabdrücken bei Schutzsuchenden in Deutschland durch Bundesbedienstete lassen

sich machen (etwa zu Inhaftierungen bei Manipulationen der Fingerkuppen, Festhalten bei Weigerung usw., vgl. Bundestagsdrucksache 18/6860, Frage 25, bitte möglichst differenzierte Zahlenangaben machen)?

23. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)

Wie ist die nach meiner Ansicht unzureichende Antwort der Bundesregierung zu Frage 6 auf Bundestagsdrucksache 18/9992, es habe „keine Weisung des Bundesministeriums des Innern“ gegeben, „verstärkt subsidiären Schutz [...] zu gewähren“, damit zu vereinbaren, dass es nach einer Meldung des Flüchtlingsrates Niedersachsen e. V. (www.nds-fluerat.org/19356/pressemitteilungen/bamf-hebelt-familiennachzug-zu-syrischen-fluechtlingen-weiter-aus/) im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge mit Inkrafttreten des so genannten Asylpakets II sehr wohl eine geänderte Entscheidungspraxis und Länderbeurteilung gab, weil die Gewährung von Flüchtlingsschutz „nicht mehr die Regelentscheidung“ sein sollte, wegen der Massenflucht aus Syrien und der geänderten Praxis der Passausstellung (bitte ausführen), und wie viele der im Jahr 2016 erhobenen Klagen syrischer Staatsangehöriger mit lediglich subsidiärem Schutzstatus waren zum letzten verfügbaren Stand erfolgreich (bitte in absoluten und relativen Zahlen angeben und auch ins Verhältnis zu den entschiedenen Klagen setzen)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

24. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Ist der Bundesregierung bekannt, dass die Eröffnung eines Ermittlungsverfahrens nach den §§ 175, 175a des Strafgesetzbuchs auch im Falle einer Einstellung des Verfahrens oder eines Freispruches zum Verlust der bürgerlichen Existenz (z. B. Verlust des Arbeitsplatzes, der Wohnung, Entlassung aus dem Beamtenverhältnis) führen könnte einschließlich von Auswirkungen auf die heutige Rentenhöhe für die Betroffenen, und wie will die

Bundesregierung solchen Berufs- und Rentenschäden Rechnung tragen (diese Entschädigungstatbestände und eine Kollektiventschädigung fehlen im Referentenentwurf des BMJV)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

25. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)
- Wie hoch sind die Kosten, die die Bundesregierung insgesamt in der 18. Legislaturperiode für ihr Marketing „zur Bewusstseinsbildung für Menschen mit Behinderungen in der Gesellschaft“ ausgibt (vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 34, Plenarprotokoll 18/195, S. 19389; bitte nach Jahren aufschlüsseln)?
26. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)
- Welche Voraussetzungen müssen aus Sicht der Bundesregierung gegeben sein, damit die Begründung des „Progressionsvorbehalts“ das Menschenrecht auf freie Wahl von Wohnort und Wohnform für Menschen mit Behinderungen nicht mehr verhindert, und wann wird es soweit sein?
27. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Welche Träger sind nach Kenntnis der Bundesregierung bundesweit die 20 größten Anbieter der von der Bundesagentur für Arbeit finanzierten Deutschkurse für Flüchtlinge (Ausschussdrucksache 18(11)746), und sofern davon Bildungsträger der Arbeitgeber und der Gewerkschaften sind, welche sind das (bitte auflisten)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

28. Abgeordneter
Harald Ebner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie soll die im Kabinettsentwurf des Gentechnik-Gesetzes beschriebene Einzelfallprüfung von mit neuen Gentechnikverfahren erzeugten Organismen bis zu einer bindenden Entscheidung auf EU-Ebene erfolgen, und welche Bundesbehörden werden dabei beteiligt?
29. Abgeordneter
Harald Ebner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Auf welcher Rechtsgrundlage bewegt sich die Bundesregierung bei der auch produktbezogenen Betrachtung im Rahmen der geplanten Einführung von Einzelfallprüfungen, insbesondere vor dem Hintergrund, dass beispielsweise das Rechtsgutachten von Prof. Dr. Dr. Tade M. Spranger im Auftrag des Bundesamtes für Naturschutz (BfN) eine ausschließlich prozessbezogene Betrachtung für rechtlich zulässig hält, und wie begründet die Bundesregierung, dass keine abschließende Liste neuer Gentechnikverfahren im Gesetzentwurf aufgeführt wird?
30. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Aus welchen Motiven hat die Bundesregierung im aktuellen Gentechnik-Gesetzentwurf dem bekannten Vorsorgeprinzip ein u. a. vom Verband der Chemischen Industrie e. V. (VCI) seit Jahren gefordertes „Innovationsprinzip“ (www.vci.de/themen/bildung-forschung/forschungspolitik/wir-brauchen-ein-innovationsprinzip-in-europa-editorial-cr-05-2015.jsp) nach meiner Auffassung scheinbar gleichrangig zur Seite gestellt, und wie soll dieses bei der Bewertung von mit neuen Gentechnikverfahren erzeugten Organismen operationalisiert werden?

31. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Liegen den Zulassungsbehörden in Deutschland schon Anträge auf Zulassung von mit neuen Gentechnikverfahren erzeugten Organismen vor, und wie genau (Verfahren, Bedingungen etc.) soll das im Gesetzentwurf angenommene hohe Maß an Sicherheit durch die geplante prozess- und produktbezogene Betrachtung und Bewertung gewährleistet werden (Doppelprüfungen – sowohl prozess- als auch produktbezogene Betrachtung und Bewertung)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

32. Abgeordnete
**Beate
Walter-
Rosenheimer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Rekrutinnen und Rekruten sind bisher im Jahr 2016 als Minderjährige in den Dienst der Bundeswehr eingetreten, und mit welcher Begründung folgt die Bundesregierung nicht der Empfehlung des UN-Ausschusses für die Rechte des Kindes, das Mindestalter für die Rekrutierung auf 18 Jahre anzuheben?
33. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Wann soll das eigentlich für den 28. Oktober 2016 beim Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr terminierte Angebot für die als Übergangslösung vom Rüstungskonzern Airbus als Hauptauftragnehmer zu beschaffenden Drohnen-Systeme „Heron TP“ vorliegen (vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Mündliche Frage 40 des Abgeordneten Dr. Alexander S. Neu, Plenarprotokoll 18/195, Anlage 29 und Antwort auf meine Schriftliche Frage 10/167), und sofern das Angebot mittlerweile verspätet einging, wie verteilen sich dort nach Vorstellungen von Airbus die aufgeführten Gesamtkosten (bitte benennen) auf die Bereiche Luftfahrzeuge, Bodenstationen, Satellitenkapazität zur Datenübertragung, Ausbildung, Betrieb im Einsatzland?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Gesundheit**

34. Abgeordnete
**Sabine
Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)**
- Wie viele Personen sind nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2005 bis 2015 jeweils aus der privaten (PKV) in die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) gewechselt, und welche Kenntnisse liegen der Bundesregierung über die drei häufigsten Gründe für diese Wechsel vor?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr
und digitale Infrastruktur**

35. Abgeordneter
**Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)**
- Plant die Bundesregierung im Personenbeförderungsgesetz eine neue Verordnungsermächtigung zu schaffen, die es den Bundesländern ermöglicht, bei der Genehmigung von Linienverkehren mit Bussen und Gelegenheitsverkehren mit Taxen und Mietwagen die Einhaltung höherer Emissionsstandards zu verlangen, und wenn nein, warum nicht?
36. Abgeordneter
**Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)**
- Plant die Bundesregierung durch Förderprogramme für Taxiunternehmen und Car-Sharing-Betreiber Anreize für einen Umstieg auf alternative Antriebe zu schaffen, um die Luftqualität in Städten zu verbessern, und wenn nein, warum nicht?
37. Abgeordneter
**Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)**
- Was kostet auf Basis der realen Ausgaben des Bundes in den letzten fünf Jahren im Durchschnitt der Neubau von einem Kilometer Bundesfernstraße (bitte in Bundesautobahn und Bundesstraße aufschlüsseln), und wie viel kostet bei gleicher Berechnung im Vergleich der Bau von einem Kilometer Radweg (bitte nach Radschnellwegen, separaten Radwegen und Radstreifen aufschlüsseln)?

38. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern sieht die Bundesregierung die Möglichkeit, ausschließlich mit einer Ausbaustrecke den Schienenverkehrskorridor zwischen Hannover und Bielefeld in der Weise auszubauen, dass eine Fahrzeit im Rahmen des Deutschland-Taktes ermöglicht wird, und zwischen welchen Knotenbahnhöfen muss für die Passfähigkeit dieses Schienenverkehrskorridors in den Deutschland-Takt eine Fahrtzeitverkürzung erzielt werden?
39. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist die Bundesregierung für oder gegen die Einbeziehung von Bussen in das LKW-Mautsystem ab August 2018, das gerade neu ausgeschrieben wird (vgl. „Der Bund liebäugelt mit einer Fernbusmaut“, FAZ vom 3. November 2016), und bis wann (bitte genaues Datum angeben) rechnet die Bundesregierung mit dem Abschluss des Ausschreibungsverfahrens?
40. Abgeordneter
Herbert Behrens
(DIE LINKE.)
- Ist es zutreffend, dass sich die Bundesregierung mit der EU-Kommission auf einen Kompromiss zur Pkw-Maut geeinigt hat bzw. vor einer Einigung steht (www.ad-hoc-news.de/in-den-verhandlungen-zwischen-bundesverkehrsminister-alexander-dobrindt-csu-und--/de/News/51844241), und wenn ja, welchen genauen Inhaltes ist diese Einigung?
41. Abgeordneter
Herbert Behrens
(DIE LINKE.)
- Welche prognostische jährliche Steigerung der fossilen Kraftstoffpreise liegt der Verkehrsprognose für den Bundesverkehrswegeplan 2030 zu Grunde, und welche Maßnahmen prüft die Bundesregierung, um die der Verkehrsprognose zu Grunde liegenden Annahmen bezüglich dieser Kraftstoffpreisentwicklung auch praktisch sicherzustellen?